

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 110.—
Wart, bei Postbezug monatlich 115.—
Wart, bei Postbezug nachmittags 125.—
Wart, freibleibend, Ge-
samtverfäglich nachmittags, Einzelnummer 8.—
Sommerabends 8.—
Wart, Postfachkonto: Amt Leipzig Nr.
16 664. Geschäftsstelle: Gärtnerei 4. Für unerbetene Zu-
sendungen ist keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis: Der Spaltenne Millimetertagraum 4.—
Wart, und der Spaltenne Millimeter
Kamerarum 18.—
Wart. Die laufende Monatsrechnung wird
von Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit
20.—
Wart. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 3.—
Wart.
Porto besonders. Anzeigen in 14 Luß vormittags 10.—
Wart.
Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 250.

Dienstag, den 24. Oktober 1922.

162. Jahrgang.

Reifensimmung.

Um die Devisenordnung. — Debut der Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Die Ausgleichszahlungen gestundet.

Die Reichsregierung legte gestern nachmittags die Be-
sprechung der gesamten innen- und außenpolitischen Lage
fort. Dabei wurde insbesondere, auch die Frage des De-
visenverkehrs erörtert. Nach der Anhörungsberatung empfing
der Reichstagspräsident den Abgeordneten Stinnes zu einer
längeren Unterredung über den zwischen diesem und Suber-
fac abgeschlossenen Wiederaufbauvertrag. Um 6 Uhr be-
gannen dann die Besprechungen des Reichstagspräsidenten mit den
Parteiläufern. Der Kanzler machte längere Ausführungen
über die allgemeine politische Situation und wies auf die
ausgesprochen schwere Lage hin. Er warf die Frage auf,
ob Deutschland in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Ver-
fassung noch in der Lage sein werde, die Schwierigkeiten
im bisherigen Umfang zu leisten. Reichstagspräsident Dr. Brüch-
ler sprach ferner mit harter Betonung von der Notwendigkeit
einer Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des
Landes, um über die
ungeheuren Schwierigkeiten der nächsten Zeit
hinwegzukommen. Die „Vossische Zeitung“ glaubt darin einen
deutlichen Hinweis des Reichstagspräsidenten auf die Notwendigkeit
der großen Koalition erblicken zu können. Sollte die
Schaffung der großen Koalition nicht gelingen, so liege es
wie das Blatt glaubt, in der Pflicht des Kanzlers, durch
die Bildung einer neuen überparteilichen Regierung
an Persönlichkeiten, die von den Parteien bis zu einem
gewissen Grade unabhängig sei, eine innerpolitische Neu-
orientierung herbeizuführen. Die im Verhältnis zu die Aus-
führungen des Kanzlers stattfindende Aussprache der Parteilä-
ufer drehte sich vor allem um die Frage des Devisen-
verkehrs.

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte ist beim Reichs-
kanzler vorzitiert worden, die Devisenordnung aufzuheben,
da sie als eine harte Belastung für Handel und Industrie
angesehen wird.

Mit dieser immerhin recht bedeutungsvollen Tat, tritt
die Arbeitsgemeinschaft zum ersten Male vor die Öffentlichkeit.

Die der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angehörenden
Parteien waren der Ansicht, daß vor allem die wilde
Spekulation verhindert werden müsse. Es dürfte aber keine
Aussandverordnung gegen Handel und Industrie erlassen
werden, für die die Devisenbeschränkung unerlässlich sei. Einig
war man sich darüber, daß eine Änderung der Devisen-
verordnung erfolgen müsse. Auch Reichstagspräsident haben
sich erklärt, daß eine Durchführung der jetzigen Verord-
nung technisch unmöglich sei. Es wurde schließlich beschlossen,
eine besondere Kommission für die Frage des Devisenverkehrs
zu bilden. Neben die Arbeitsgemeinschaft wurde in der gestrigen
interfraktionellen Beratung nicht gesprochen. Die Besprechung
des Kanzlers mit den Parteiläufern soll heute fortgesetzt
werden. Mehrere Blätter rechnen mit der Möglichkeit, daß
der Reichstagspräsident in der heutigen Reichstagsitzung das Wort
zu einer

über die gesamte Außenpolitik ergreife. Die „Vossische Zeit-
ung“ glaubt aus den Erklärungen des Reichstagspräsidenten an
die Parteiläufer erkennen zu müssen, daß sich der Reichstag
sehr bald vor wichtige politische Entscheidungen gestellt sehen
werde.

Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift: „Vor-
erwartungen“: Durch die Entziehung der Arbeits-
gemeinschaft der Mitte hat sich die Parteikonstellation, auf
die sich die Regierung stützt, geändert. Es ist schwer zu
sagen, ob die Koalition, auf der die gesamte Regierungs-
politik beruht, eigentlich noch besteht. Die sozial-
demokratische Partei fühlt, daß sich die Widerstände,
die sich gegen ihre Entlassung auf die Regierungsgeschäfte
geltend machen, ganz außerordentlich vergrößert haben. Daß
der Reichstag sich morgen voraussichtlich entgegen seinen
bisherigen Wünschen nicht vertragen, sondern mindestens noch
am Mittwoch zusammenbleiben wird, ist ein Zeichen für den
Genie der Situation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte gestern
abend in einer Sitzung einstimmig den von ihren Vertretern
bisher eingebrachten Entschluß. Sie beschloß im Reichstag
eine Entschließung einzubringen, in der die
restlose Erhaltung der im Inlande vorhandenen Vorräte
an Lebensmitteln,
die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und
des Handels befinden, gefordert wird. Der Reichstag solle
die Reichsregierung ersuchen, sofort einen Beschlusses vor-
zulegen, durch den zur Sicherung der Volksernährung die
vollständige Erfassung der notwendigen Nahrungsmittel ver-
sichert wird.

Das Thema der heutigen Kanzlerrede.

Berlin, 24. Oktober. Wie aus parlamentarischen Kreisen
mitgeteilt wird, hat der Reichstagspräsident die Arbeit, in seiner
Reichstagsrede am heutigen Dienstag folgende drei Fragen
zu berühren: 1.) Die Devisenordnung bzw. Maßnahmen
zur Stärkung unserer Wirt. 2.) Die Frage der Koalitions-
erweiterung. 3.) Die Frage der Zusammenfassung des Volkes
zu einer freiwillig erzielten Wiedervereinigung bzw. frei-
willige Hebung unserer Produktion.

Die Ausgleichszahlungen bis Juli 1923 gestundet.

Die in Berlin stattfindenden Beratungen über die
Stundung der Ausgleichszahlungen sind zu Ende geführt
worden. Es wurde zwischen Vertretern der beiderseitigen
Ausgleichsämter vereinbart, daß Deutschland bis Juli 1923
von den Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit sein soll.
Das Abkommen wird unanheim der Regierung zur An-
nahme vorgelegt werden. Wie verlautet, bereitet die deutsche
Regierung eine Denkschrift über den gesamten Finanz-
komplex vor, die demnächst dem Reichstage zugehen soll.

Tageschronik

Die außen- und innenpolitische Lage wird als ernst bezeichnet.
Die Mitglieder der Rheinlandkommission kamen im Reichs-
tag zur Sprache.

Amerika mahnt dem Sturz der Welt endlich Einhalt
zu gebieten.

Das Programm der neuen englischen Regierung.

Der Brotpreis hat in Berlin eine gewaltige Steigerung er-
fahren.

Die deutschen Ausgleichszahlungen sind bis Juli 1923 ge-
stundet worden.

Amerika warnt. — Braddury nicht gegen eine Finanzkontrolle.

Paris, 23. Oktober. Die Reparationskommission begann
heute morgen um 11,25 Uhr die Weiterberatung über die
Projektive von John Braddury und Barthou wegen der
Einführung einer Finanzkontrolle in Deutschland. Die
Sitzung endete um 7,35 Uhr. Ein offizielles Communiqué
wurde nicht ausgearbeitet, doch erwähnt man, daß die belgische
Kommission sich ganz den französischen Anschauungen an-

schloß, daß die Italiener starke Vorbehalte machten und
daß der amerikanische offizielle Beobachter seiner Privat-
meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß alles geschehen
müsse, um endlich dem weiteren Sturz der Welt Einhalt
zu gebieten, weil sonst die schwersten Gefahren für den
Weltmarkt eintreten würden.

Braddury schloß auf dem Standpunkte, daß ein zwei-
jähriges Moratorium unbedingt notwendig sei. Gegen die
Einführung einer verklärten Finanzkontrolle hat er im
Prinzip nichts einzuwenden.

Braddury, so schreibt der Korrespondent der „Times“
verheißt nicht seine feste Überzeugung, daß, wenn nicht
irgendeine entscheidende Aktion auf der von ihm angegebenen
Grundlage unternommen werde, der Ruin bald erfolgen
werde. Es würde dann nicht mehr länger eine Reparations-
frage geben, sondern wie im Falle Österreichs nur noch
die Frage, was die Alliierten im eigenen Interesse und
im Interesse des Allgemeinwohls Europas opfern müßten
bei der Aufgabe, Deutschland zu retten.

Braddury habe in einer längeren Erklärung auf einen
wichtigen Zusammenhang am Sonnabend der Kom-
mission klar gemacht, daß keine Zeit verloren werden dürfe
für die Erarbeitung praktischer Maßnahmen, wenn diese
nicht zu spät kommen sollen.

Zum Mißerfolg des Uebersehichten-Abkommens.

Nach anfänglich recht optimistischen Hoffnungen auf
das Uebersehichtenabkommen im Ruhrgebiet, nach eben so fast
optimistisch gefärbten Erfolgsmeldungen steht jetzt leider
fest, daß Hoffnungen und Berichte trügen: Die erwartete
Mehrproduktion bleibt aus, reicht auch nicht entfernt an
die erhoffte Menge heran. Ende September wurden im
Ruhrgebiet in etwa 80 Prozent der Schachtanlagen zwar
Uebersehichten verfahren, jedoch war die Beilegung an
den Uebersehichten nicht ausreichend. Auf 111 Schachtanlagen
beträgen sich nur 52 Prozent, auf 105 weitere 90 bis
100 Prozent. Das ist eine Feststellung des Vereines für
bergbauische Interessen in Gießen vom 25. September. Die
Zahlen des alten Bergarbeiterverbandes sind weitlich
höher. Es ist zweifellos, sich darüber zu freuen. Das für
den Bergbau zeigt, daß das Uebersehichtenabkommen die
Erwartungen eben nicht erfüllt. Während im Monat
April dieses Jahres noch die durchschnittliche Tagesförderung
310 000 Tonnen betrug, im ersten halbjahre 1922 die ar-
beitsmäßige Durchschnittsförderung auf 319 000 Tonnen ge-
stiegen wird, stieg die Tagesförderung vom 1. 9. ab vom
288 177 Tonnen bis zum 9. trotz der Uebersehichten
auf nur 293 432 Tonnen. Am 29. 9. wurden 312 407
Tonnen gefördert. Keine Tagesleistung des September ver-
möchte jedoch den Tagesförderungschnitt des ersten Halb-
jahres von 319 000 Tonnen zu erreichen. Das ist ein
glatter Mißerfolg. Auch die Oktoberförderungen drängen
kein günstigeres Ergebnis.

Wenn man nach den Ursachen dieses beunruhigenden
und für die deutsche Wirtschaft so verhängnisvollen Mißer-
folges sucht, so muß man zuerst eine Erklärung für die
unangenehme Verletzung an den Uebersehichten zu finden
suchen. Mit Schuld ist in erster Linie die Agitation
der Kommunisten und kommunistischen Union der Hand-
werker und Arbeiter gegen die Uebersehichten. Dieser Kampf
gegen die Mehrproduktion war anfangs so hart, daß eine
zeitliche Uebersehichten überhaupt in Frage gestellt
schienen. Es ist den Bergarbeiterverbänden nur mit großer
Müh gelang, die kommunistische Agitation wenigstens
zum Teil unruhmlos zu machen. Zweitens hat es ge-
fehlt und fehlt es noch an einer genügenden Auffklärung
über die Notwendigkeit und Bedeutung einer vermehrten
Abgabenförderung. Die fatalistischen Folgen des chronischen
und wachsenden Rohstoffmangels für die ganze deutsche Wirt-
schaft und vor allem in erster Linie für die ganze Ar-
beiterschaft ist der von den sozial abhängigen Schichten
und den Bergleuten nicht genügend klar gemacht worden.
Auch nicht die Einwirkung der Einfuhr englischer und son-
stiger ausländischer Kohle auf den Wert der Welt und die
innere Preisgestaltung. Daneben muß gesagt werden, daß
ein Hindernis für das Vorhaben von Uebersehichten zwei-
fellos auch in der augenblicklichen Höhe der Löhne, in den
übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen (Deputatlohn und so
weiter) liegt. Ein großer Teil der Bergarbeiter lagt sich:
„Ich habe genug, was soll ich noch Uebersehichten ver-
fahren?“ Dazu kommt ein verdrücktes psychisches Mo-
ment. Die Bergarbeiter wissen, daß sie heute jede Lohn-
forderung durchsetzen können, daß sie durch Generalstreik in
3 Tagen den ganzen deutschen Wirtschaftsbetrieb lahmlegen
können; daß ihnen alles bewilligt wird, was sie fordern.
Wozu also Mehrarbeit?

Angeichts dieser Stimmungen unter der Bergarbeiter-
schaft und angesichts der Tatsache, daß die Uebersehichten gegen
das Verfahren von Uebersehichten nicht geringer, sondern
eher größer werden, ist mit einer Steigerung der Ab-
gabenförderung leider nicht zu rechnen. Es ist zweifel-
los, sich dieser harten Tatsache zu verschließen. Es darf
nicht verkannt werden, daß die Bergarbeiterverbände von
sich aus mit allen Mitteln sich für eine Steigerung der Ab-
gaben, für ein vollständiges Verfahren der Uebersehichten
einsetzen. Der Einfluß auf die Bergleute aber ist und das
muß ebenfalls festzustellen werden nicht ausreichend
zu sein. Aber geschickter Uebersehichten zu belegen. Es ist
keine Frage, daß dieser Mißerfolg sich letzten Endes erklärt,
aus der Hoffnungslosigkeit und dumpfen Verzweiflung,
unter deren Druck das ganze deutsche Volk seit mehr
als einem Jahre leidet. Aus einer Verzweiflung, die sich
fragt: Wozu? Es hat doch seinen Zweck nicht, der Teufel
holt uns doch alle. Wozu ist also übermäßig plagen:
an dem Vergängnis können wir nichts ändern, den Nieder-
gang können wir doch nicht aufhalten.

Und wenn etwas helfen kann, dann ist es der Kampf
gegen diese Verzweiflungssituation, gegen die Selbst-
aufgabe des ganzen Volkes. Wir müssen wieder lernen
zu glauben, daß wir nicht verloren sind, solange wir

uns nicht selbst verlohren geben; daß wir sehr wohl durch anstrengliche Arbeit, durch Zusammenhalten, durch gemeinsames Tragen der gemeinsamen Not unter Schutz und Wehr kommen. Und dieser Kampf hat nur Aussicht zu entbrennen, wenn dazu eine Regierung aufruft, zu der das Volk, das es an Ehre, Vertrauen haben darf, eine Regierung der Intelligenz und des entschlossenen Willens.

Das neue englische Kabinett.

London, 23. Okt. Der König empfing heute Bonar Law, der den Auftrag zur Kabinettsbildung formell übernahm. Die Kabinettsmitglieder sind Bonar Law dem König geraten, das Parlament anzuhören. Die Auflösung wird voraussichtlich am Donnerstag verkündet werden. Die Ministerliste, die Bonar Law dem König vorlegte, ist folgende:

Kabinettschef: Bonar Law. Schatzkanzler: Stanley Baldwin. Kriegsminister: Leslie Wilson. Staatssekretär des Innern: Lord Curzon. Außenminister: Lord Derby. Handelsminister: Steel-Maitland. Marine-Minister: Oberst Ameer. Minister des Innern: Griffith Boscawen. Kultus: Sir Samuel Hoare. Minister für Indien: Lord Dufferin. Minister für Indien: Lord Peel.

Zum unpolitischen Einzelminister soll Sir Robert Sandercock ernannt werden.

Das Programm Bonar Laws.

Größere Intervention in kontinentalen Angelegenheiten, Freundschaft und Entente mit Frankreich als Grundlage der zukünftigen Kontinentalpolitik Englands, Einbeziehung ausländischer Interessen, namentlich in Ost- und Westafrika, Unterstützung der Kolonialpolitik, Nahrung für die alte Tradition der bürgerlichen Regierung und Parteibildung, Sparmaßnahme in den Ministerien, Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle über die Ausgaben, Herabsetzung der Steuern, besonders der Einkommensteuer und der indirekten Steuern.

Aus der Ministerliste und dem Programm geht hervor, daß der neue Kurs der Politik Lord Georges in wesentlichen Punkten geradezu entgegengekehrt sein wird. Alle Gegner Lord Georges, haben in diesem Ministerium Platz gefunden, so auch Sir George Younger, der seinen großen Ruhm der Reichsregierung gegenüber verlor. Über Lord Curzon und Lord Dufferin sind in dieser Stelle schon gesprochen. Sie sind die Exponenten einer imigen Zusammenarbeit mit Frankreich. Die übrigen Staatsminister sind in der Öffentlichkeit weniger bekannt. Das muß man bei den Pressestimmen glauben lassen, nach denen sie besonders im Bereich konservativen Regimes sind. Heute noch werden die neuen Minister vermutlich dem König befehligt werden; aber noch wird die Welt einige Zeit auf die Wirkung ihres Eingetretens warten müssen, da anzunehmen ist, daß bis zur Reue des britischen Parlaments am 30. November wesentliche Änderungen nicht vorgenommen werden können. Bonar Law und seine Freunde sind viel zu erfahrene Parteimänner, um schon jetzt ihre Fähigkeiten und damit ihre Schwächen zu enttuschen. Sie werden den Wahlkampf loszulegen noch als Opposition gegen die Regierung Lloyd Georges durchkämpfen und können nur damit auf einen Sieg hoffen.

Mc. Kennan.

London, 23. Okt. Mc. Kennan tritt für Bonar Law ein in der City als Vorkämpfer für eine vernünftige Reorganisation der neuen Regierung. Die City sieht in Mc. Kennan bereits den britischen Doppeldecker in künftigen finanziellen Unterhandlungen mit fremden Staaten. Seine lebhafte Kritik wird durchsagen gegen eine Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung. Sie erwarten ein weiteres langjähriges oder festes Einlenken des französischen und belgischen Frankensystems, die heute einen neuen Versuch des Zusammenbruchs zeigen.

Eine französische Darstellung des Elends in Deutschland.

Paris, 23. Oktober. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht einen langen, sehr interessanten Artikel über die Lage in Deutschland. In kurzen Abschnitten erzählt der Verfasser die Zustände in Deutschland, so wie sie sich einem ziemlich unvoreingenommenen Beobachter darstellen.

Die einzelnen Absätze des Artikels tragen folgende Überschriften: Die industriellen und Agrarier verdienen buchstäblich, was sie wollen, da jede Erhöhung der Löhne, der Miete, der Transport- und der Rohmaterialien sofort auf die Verbraucher abgewälzt wird. Die Arbeiter verdienen weit über ihre Bedürfnisse, denn sie können ihre Monatsmiete mit einer halben Arbeitswoche bezahlen. Sie sparen nicht und legen ihr ganzes Geld im Kauf von Lebensmitteln an. Der Beamte lebt isoliert, seine Bezahlung erhöht sich zwar regelmäßig, aber immer mit einem Wachen im Rückstand gegen die vom Inhaber gelieferten Löhne. Die intellektuellen, Ärzte, Anwälte, Schriftsteller, befinden sich auf dem Wege zu vollständiger Proletarisierung. Viele geben ihren Beruf auf, um im Handel und in der Industrie unterzukommen. Ein kleine Minderheit, die Rentiere und die Studenten, lebt vollständig im Elend. Der Verfasser bemerkt hierzu, daß gerade das Verschwinden des deutschen Mittelstandes ein sehr bedauerndes Zeichen sei, denn aus ihm hätten sich seit fünfzig Jahren die Ingenieure, Chemiker und Techniker rekrutiert, auf die Deutschland so stolz gewesen seien.

Zum Schluß wirft der Verfasser die Frage auf, woran Deutschland eigentlich leide, und bezeichnet als Kern des Übels den Mangel an Autorität. Die deutsche Wundodemokratie sei in Wahrheit nur eine Blutorde, in der jedes niemand, die Herrschaft eines Staatsmannes oder das Temperament eines Diktators habe.

Interessante Beschlüsse der Nationalversammlung in Angora.

Paris, 24. Okt. Eine Sonderdeputation aus Konstantinopel befragt nach Mitteilungen aus Angora hat die Nationalversammlung beschlossen, der Friedenskonferenz die Übertragung der gesamten türkischen Schuld auf Griechenland vorzuschlagen. Lieber die Art der Schuldübertragung sollen die Mächte selbst eine Entscheidung treffen. Die Türkei würden in diesem Falle auf jede Entscheidung von Griechenland verzichten. Die Nationalversammlung hat ferner eine Verordnung angenommen, nach der die von der Konstantinopeler Regierung seit dem Zusammenbruch angenommenen Anleihen und Verschulde nicht anerkannt werden. Sie hat außerdem entschieden, daß alle Verträge über Konzeptionen und alle allgemeinen Handelsabkommen für nichtig erklärt werden sollen, da man nicht nach türkischen Staatsanleihen, die eine Kontrolle über die angeführten Verordnungen erlauben würden, Konzeptionen derselben will.

Die neue Beamtenbezahlung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat gestern die 7. Ergänzung des Bezahlungsgesetzes und den 4. Nachtrag zum Etat 1922 behandelt. Die Höhe der Bezahlung wurden etwas erhöht. Angenommen wurden nämlich folgende Grundgehälter: Gruppe 1 9700 bis 12 800 Mark monatlich, Gruppe 2 10 600 bis 14 100 Mark, Gruppe 3 11 700 bis 15 500 Mark, Gruppe 4 12 800 bis 17 000 Mark, Gruppe 5 14 100 bis 18 700 Mark, Gruppe 6 15 400 bis 20 000 Mark, Gruppe 7 17 000 bis 22 000 Mark, Gruppe 8 19 600 bis 25 900 Mark, Gruppe 9 21 500 bis 29 100 Mark, Gruppe 10 24 400 bis 34 000 Mark, Gruppe 11 27 500 bis 39 600 Mark, Gruppe 12 32 500 bis 47 500 Mark, Gruppe 13 42 000 bis 62 000 Mark.

Bei den Eingehältern: 1. 62 000 Mark, 2. 70 000 Mark, 3. 81 400 Mark, 4. 85 300 Mark, 5. 108 500 Mark, 6. 140 000 Mark, 7. 155 000 Mark monatlich.

Ertragssteuern.

Steigen bei einem Monatsbeitrag des Grundgehältes von 10 400 bis 29 500 Mark in Erstklasse A von 2400 bis 6000 Mark, B von 1900 bis 4800 Mark, C von 1700 bis 4200 Mark, D von 1400 bis 3600 Mark, E von 1200 bis 3000 Mark.

Ferner wurden folgende Bezahlungserhöhungen beschlossen:

a) vom 1. Oktober 1922 ab; zu dem Grundgehälte, den Diäten, dem Ertragszuschlag und den Aenderungsbehalten 3 v. H.; hierzu kommt für die in Paragraph 17 Absatz 2 des Bezahlungsgesetzes genannten Beamten ein Franzenszuschlag von monatlich 1000 Mark.

b) vom 1. Oktober 1922 ab; zu dem Grundgehälte, den Diäten, dem Ertragszuschlag und den Aenderungsbehalten 11 v. H.; hierzu kommt für die in Paragraph 17 Absatz 2 des Bezahlungsgesetzes genannten Beamten ein Franzenszuschlag von monatlich 1000 Mark.

Der Brotpreis in Berlin.

Ein Pfund 87 Mark.

Der neue statistische Marktpreis zeigt, wie leider zu erwarten war, auch eine gematigte Steigerung der Brotpreise nach sich. Am Montag vormittag hatten sich die Preise für Jungbrot bereits auf den Weltmarktpreis eingestellt, so daß gute Ware nicht unter 28 000 Mark pro Tonne zu haben war. Inoffiziell hätte Lastwoche bereits schon im Hinblick auf die Wägenanforderungen vollkommen suffizient, wie im Augenblick ein Preisvergleich zu schaffen sei, ohne daß der Preis der neuen Dollarprägungen Übergangslösung nachfolgt. Der Zweierbrot der Bäckmeister Groß-Berlins hat bereits am Montag mit sofortiger Wirkung die Preise für marktfähiges Gebäck übermäßig festgesetzt: Ein marktfähiges Brot (150 Gramm schwer) 200 Mark, Schrippe 8 Mark, Bröden, Schneiden und 10 Mark. Diese Preise sollen jedoch nur als Zwischenpreise betrachtet werden, und in der kommenden Woche dürfen neue festere Erhöhungen folgen. So soll vom 30. Oktober ab der Preis des Markenbrotes um mehr als 100 Prozent erhöht werden.

v. Strafe aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Beschluß gefaßt, dem Abgeordneten v. Strafe-Soldberg mitzuteilen, daß sie wegen seiner Haltung in der Frage der nächsten Reichstagsperiode eine weitere Fraktionsgemeinschaft mit ihm nicht für möglich hält. Die endgültige Entscheidung über diese Frage wird der nächste Parteitag treffen.

Die Thüringer Regierung an Kredit verloren.

Weimar, 23. Oktober. Bei der Untersuchung über die Ursachen der sozialistischen Wahlüberlage bei den Gemeindevahlen in Thüringen wurden an Hand der Kontrollhefte festgestellt, daß von den gesellschaftlich organisierten Arbeitern in Weimar nur 44 Prozent für die sozialistische Partei abgestimmt haben. Das ist ein Zeichen, daß die sozialistische Regierung in Thüringen nicht bei der Arbeiterschaft länger an Kredit verloren hat.

Aus Stadt und Umgebung Die Sitzung der Stadtverordneten.

Eine Sitzung, deren Programm sich nicht nur abwickelte, sondern eine glänzende Anzahl einer dreierlei Stunde vor allem glänzend übernahm. Was sich allerdings in der folgenden gemeinen Sitzung zeigt, entzieht sich der Kenntnis des Berichterstatters. Es ist aber anzunehmen, daß die Stadtverordneten durch nicht angepörrt waren, auch diese zeitlich kurz ausfiel.

Der Eintritt in die Tagesordnung gab der Stadtverordnetenversammlung Kunde Kenntnis von einer neuen Lohn-erhöhung.

Der Stadtverordnete Zeller

hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müssen. Der Stadtverordnetenvorsitzer spricht, nachdem die Veranlassung für Eingehalten ausgesprochen hat, dem scheidenden Kollegen den Dank für seine Mitarbeit aus. Der Nachfolger des Herrn Zeller wird der Kaufmann F r o m m e n sein.

Der Rechnung über die Vermaltung der Stiftungen und Vermögensstoffe für 1916

Herr Wild (D. Sp.) spricht über diesen Punkt wird Entlastung erteilt.

Reueinstellung des Marktrahndes

Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich in letzter Zeit, wie Stadtdirektor (Stom.) berichtet, so sehr verändert, daß die Erhebung der Marktrahndes in der vom Magistrat für nötig erachteten Höhe wird somit vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wird Stadtdirektor (Stom.) an, daß Wasser auf dem Marktplatz zu verbessern, damit die Käufer an Regentagen nicht im Wasser zu stehen gezwungen seien.

Die Entschädigungsbeiträge für die Hausmarke

in den nächsten Monatszahlen wird in der vom Magistrat beantragten und von Stadtdirektor (Stom.) vorgetragenen Höhe bewilligt.

Der 1. Nachtrag zum Gemeindefinanzgesetz betr. das Stadtverordnetenamt

und die für seine Benutzung zu erhebenden Gebühren wird gemäß dem von Stadtdirektor (Stom.) vorgetragenen Magistratsantrag genehmigt.

Die Heilkosten für ein Mitroskop

der Gesellschaftsamtberatungsstelle, das für den gestiegenen Preis von 4000 Mark gekauft wurde, werden einstimmig bewilligt.

Die Bereitstellung der planmäßigen Stellen für Beamte und Angestellte

Die Vorlage hatten wir ausführlich in unserer Sonnabendnummer begründet — geht somit, ohne Debatte zu Ende. Nur der Erberbitternehmer nimmt noch einmal dazu das Wort zu einigen Erklärungen. Lieber die

anderweitige Festsetzung des Pflichtenkreises

für die Gegend zwischen Weiße Mauer, Lindenstraße, Halle-Straße, König-Heinrichstraße und Straße C spricht Stadtdirektor (Stom.). Die Veranlassung stimmt der Vorlage ohne Ausnahme zu.

Ein Antrag des Männerturnvereins auf Genehmigung einer Beihilfe für einen Bau am Kaufener kommt dann zur Verhandlung. Die Summe von 5000 Mark wird dem Turnverein bewilligt.

Der Stadtverordnetenvorsitzer gibt darauf bekannt, daß die Silberhochzeit gemachte Stiftung jetzt um 20 000 Mark erhöht hat. Die Veranlassung sprach ihm durch Herrn Junfer ihren Dank aus.

Die Beratungsstelle für Lungentranke

bleibt am vorigen Mittwoch geschlossen.

Ausstrankalenber.

Gemeinnützige Beratungsstelle für den Verkauf von Gegenständen aus Privatbesitz jeden Mittwoch von 9-12 Uhr Karlsruher 4.

Meiderische.

Annahme getragener Bekleidung gegen Bezahlung jeden Mittwoch von 9-12 Uhr, Karlsruher 4.

Angehörige des Mittelstandes.

finden Gelegenheit, sich in der Herstellung und im Ausbessern feiner Herren- und Damenwäsche zu vervollkommen. Dasselbe soll ihnen Arbeit vermittelt werden. Näheres bei Frau Geheimrat Schöbe, Karlsruher 31, deutsch-englischer Fremdenklub.

Bilderausstellung im „Herrgott Christian“.

Von Mittwoch, dem 25. Oktober bis einschließlich Sonntag, dem 29. Oktober werden im „Herrgott Christian“ Original-Radierungen von August 8 auf 11 ausgeführt. Neben sich der Werkschaffungen kein Fremder mehr, deswegen werden seine Freunde die Ausstellung mit Freude begrüßen. Durch ein besonderes Entgegenkommen 3. Kaufens sind die Preise für Radierungen für diese Ausstellung sehr niedrig gehalten, sie betragen etwa das zehnfache des Preisverhältnisses. Alle bis einschließlich Freitag nachbestellten Blätter können zum gleichen Preise in kurzer Zeit geliefert werden. Es dürfte sich für Werkschaffungen eine seltene Gelegenheit bieten, Blätter von hoher technischer Schönheit zu erhalten, deren Preise in keinem Verhältnis zu ihrem Wert stehen. Zur Ausstellung gelangen Radierungen aus Fländern (1911, 1913, 1914) Italien (1912) und hauptsächlich solche aus Nordfrankreich, der engeren Heimat des Stinlitzers.

Weiteres Steigen des Zeitungspapierpreises

Für die zweite Oktoberhälfte ist der Zeitungspapierpreis abermals um etwa 10 Prozent auf 10 000 Mark für 100 Stück zum festgesetzt, jedoch ein Wagen Zeitungspapier, der im Frühen 2000 Mt. kostete, nunmehr für eine Million Mt. bezahlt werden muß. Das ist das fünfzehnfache des Preisverhältnisses. Weitere Erhöhungen werden den Zeitungen ferner durch die in diesem Monat um ca. 50 Prozent gestiegenen Löhne. Alle Materialpreise, Metalle, Zinn, Eisen, Reinigungsmittel etc. sind in geradezu ungeheurer Weise mettergefallen und der anzuwendende Satz des Papieres ist jetzt sehr verhältnismäßig. Die Zeitungen sind durch diese Erhöhung der Löhne und des Papieres zu einem großen Teil außer Stande, ihren alten Ertrag zu erzielen, wenn sie nicht sich zugrunde gehen wollen. Die Weltwirtschaft wird hoffentlich auch ferner Verhältnisse bei der Lage haben.

Die Romanfortsetzung

mußte heute aus technischen Gründen fortfallen. Wir werden in der nächsten Nummer mit zwei Fortsetzungen entschädigen.

Zum Verkauf der Domäne Domit. 8

hören wir, daß dieser sich befristet. Das Domänenstück ist sich dazu zu seinem eigenen Schmerz durch seine bedrückte Finanzlage gezwungen. Es hat nämlich während des Krieges zur Bezahlung von Kriegsanleihe bei der Preuß. Staatsbank ein Darlehen von mehr als 2 1/2 Millionen an genommen, wovon bisher noch nichts zurückgezahlt wurde. Er hat aber bisher nur mit 1/2 Prozent verzinst zu werden brauchen, wovon 5 Prozent durch die Zinsen der Kriegsanleihe gedeckt waren, sind ihm seit der Erigerung des Bankrottgesetzes mit 8 Prozent mit der Zeit aufgenommen. Erzeugung zugemutet. Das war für seine Finanzen verhängnisvoll und nötigte zur schleunigen Tilgung der Schuld durch Verkauf der Kriegsanleihe und, um den dabei entliehenen Ausverlust von 22 1/2 Prozent zu decken, zum Verkauf eines Stückes als ein Bankrott an geschicktes Ende, was auch das Staatsministerium die Genehmigung erteilt hat. Bei ihrer Auswahl kam es darauf an, die Umgebung des Domes unangetastet zu lassen und dort keine Ställe aus der Hand zu geben. Die Erhaltung der Fassade des Hauses ist in dem Kaufvertrage gefordert. Käufer ist, wie wir hören, der Bankier Walter Schulte.

Wieder ein Diebstahl bei der Heberlandbahn.

Übermals ist ein sehr erheblicher Diebstahl in der Nacht vom 23. auf 24. d. Mts. aus den Anlagen der Heberlandbahn verübt worden. Eine etwa 50 Meter lange blaue Stahlpfeilerleitung ist von den Franzosen abgemittelt und gestohlen worden. Die Leitung besteht aus einem Stahlpfeiler von 180 qmm, das sind etwa 19 Zentimeter Durchmesser. Die Direktion der Heberlandbahn hat für die Ermittlung der Täter oder die Wiederbeschaffung des Stahlpfeilers eine Belohnung, wie im Anhangteil bekanntgemacht, ausgesetzt.

Extrajüge aus Anlauf des Sarrafani-Schießens.

Um den Besuchern der Sarrafani-Schau günstige Teilnahmebedingungen zu bieten, werden Sonderzüge der Heberlandbahn abgefahren nach den Stationen Merzburg und Langsdorf. Die Züge fahren um 11,15 Uhr von der Station Merzburg ab, jedoch die Jüdischebahn bequeme das Ende der Vorstellungen abwarten können. Außerdem werden genügend Sonderzüge der elektrischen Bahn nach Vorkellungslück von dem Jüdischen nach allen Richtungen hin bereit gestellt.

Frankenversicherungsamt der Stadtessen.

Es sind Zweifel darüber entstanden, inwieweit Personen, die während der Zeit ihrer wissenschaftlichen Ausbildung gleichzeitig beruflich arbeiten, frankenversicherungsspflichtig sind. Die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig teilt uns mit, daß Studierende, die nebenbei gegen Entgelt Vorlesungen hören, dadurch frankenversicherungsspflichtig werden. Nach § 172 der Reichsversicherungsordnung

Familien - Nachrichten.
Bermüht. Walter Koppensburger mit Frau Ellg geb. Hoffmann, Kleingärtnen; Walter Spallholz m. Frau Martha geb. Richter, Duerfurt.
Schwaben. Auguste Altensburg geb. Seigert, Döbauten; Friedrich Naterburg, 78. J., Calendars.

Kleineres Hausgrundstück
 in Weichenfels mit sofort beschreibbarer Wohnung an familienfreundlichen Käufer sofort zu verkaufen. Off. unter 317/21 an die Exp. dieses Blattes.

Schreibmaschine
 gutes System, a. kauf. gel. Ang. m. Preis u. k. P. a. d. Exp. d. Blattes schnell erb.

Bankgeschäft Alfred Embruch

in Merseburg
 Preußerstrasse 18. Fernsprecher 670.
 Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.
 An- und Verkauf von Wertpapieren aller Art.
 Individuelle Beratung in allen Geldangelegenheiten zwecks Erhaltung der Spar- bzw. Vermögenssubstanz.
 Ab 1923 befinden sich meine Bankräumlichkeiten Bahnhofstrasse (letz. Reichsbank).

Bekanntmachung.

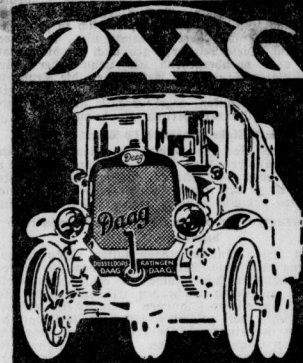
In der Nacht am 23. Oktober ds. Js. abends 9 Uhr sind am Depot Merseburg etwa 50 Mtr. blankes Kupferseil mit einem Durchmesser von 19 mm aus der Strom-Zuleitung herausgeschnitten und entwendet worden.

Für die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung des Kupfers wird eine Belohnung von 20000 Mk. ausgesetzt.

Merseburger Ueberlandbahnen.

SARRASANI

Merseburg, Nulandplatz
 Telefon 505
Heute Dienstag 7,15 Uhr
Eröffnung
 Morgen 2 Vorstellungen
 Mittwoch 3 Uhr u. 7,15 Uhr
 Nachmittags Kinder halbe Preise
 Nur bis Sonntag in Merseburg. Täglich 7,15 Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr.
Vorverkauf:
 Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten Circuskasse ab 10 Uhr unterbrochen geöffnet.
 Für je 5 Plaz d. Hinter je 1 guter Mittelplatz. Für je 3 Ztr. Briketts je 3 Sitzplätze Für je 2 Landbrode je 1 Sitzplatz



Unser ausschliessliches Arbeitsgebiet seit 12 Jahren

Lastkraftwagen

einschliesslich aller Sonderausführungen und

Kraft - Omnibusse.

Die mit DAAG-Motorbremse (D. R. P.) ausgerüsteten Einheitslastkraftwagen für 1½-, 2-, 3-, 4-5 Tonnen Nutzlast gewährleisten neben weiterer, autotechnischen Verbesserung und vereinfachter Bauart sparsamen Verbrauch bei erhöhter Leistung.

Angebote und Ingenieurbesuche unverbindlich

Deutsche Last-Automobilfabrik A.-G.

Ratingen bei Düsseldorf.
 Vertretung und Ersatzteillager:
Franz Hoffmann, Leipzig
 Tröndlinring 4 Tel. 1601

Das weltbekannte Zirkus-Unternehmen Sarrasani ist nach vielfachen Versuchen mit anderen Fabrikaten dazu übergegangen, seinen gesamten Fuhrpark aus DAAG-Wagen zusammenzustellen. Zurzeit sind seitens der Zirkus-Direktion neun DAAG-Wagen in Benutzung und weitere in Bestellung gegeben.

In allen Frauen-Angelegenheiten wende man sich an Sammlisverband St. Thomas Leipzig, Thomassgasse 5.

gebraucht, gegen bar zu kaufen gel. Offert. unt. 313/21 an die Expedit. dieser Zeitung.
 Weitere Briefmarken löse oder in Samml. zu kaufen gesucht. Preis 314/21 an d. Geschäftsst. d. Bl.
 Aus Grossmutter's Zeiten alte Möbel auf Porzellan usw. zu kauf. gel. Angeb. unt. 312/21 an die Expedit. d. Blattes.

Stroh kauft laufend jeden Posten
 Leipziger Behendungs-Gesellschaft Leipzig s. Lindenau, Längnerstr. 164. Fernspr. 43187.

Gebrauchtes Gaultgitter für Kind zu kaufen gesucht. Angebote unter 316/21 an die Expedit. d. Bl.
Opossum-Pelzkragen preiswert zu verkaufen. Zu erlangen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche aus Not für mein 2jähr. Söhnchen gute Eltern. Häubler in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

10000 Mark

kommen zur Verteilung an die Teilnehmer des **Freitag, den 27. Oktober d. Js. im Sternburg-Spezial-Ausschank (Teichmanns) Ammendorf** beginnenden **Serien-Preis-Skaten.**

1. Preis: 5000 Mark.

Kunst-Ausstellung im „Herzog Christian“. **Original-Radierungen von Ingmar Paulsen.** Mittwoch, den 25. Oktober bis Sonntag, den 29. Oktober, täglich 3 bis 6 Uhr.

Flügel Pianos gebraucht kauft jederzeit und erbitet Angebot möglichst mit Angabe des Alters und Fabrikats des Instruments. **C. A. Klemm, Leipzig, Fernspr. 2096**

Wir kaufen gegen gute Bezahlung aus Privatband Klaviere u. Flügel. Angebote mit Preis, Fabrikat und Beschreibung. Ebenso kaufen wir jede Anzahl **echte Teppiche!** Einkäufer kommt zwischen 25.-30. 10. nach dort. **Berliner Pianohaus, Berlin 57, Kurfürstenstrasse 15-16.**

Park-Café Morg., Mittwoch von 7-11 Uhr: **Künstler-Musik!**

Witzige Sport- u. Sacko-Mitteilungen in der **Leipziger Hofen** **Schlüpfert** (Wiederpa. Winterjoppen Pa. Bonner Mantel gute Qual., s. pruv. kate Thieme Leipzig, Sporengasse 10, 1.

Stadttheater Halle. Mittwoch, abds. 7.30 Uhr. **Der legendäre Hotänder.** Fernspr. 11, abds. 7.30 Uhr. **Die versunkene Glocke.**

Kalendern Kunst- u. Bücher Neues Schachbuch (Leipziger Ausgabe) 4. Aufl. Sonderausgaben 5 und 6 und 8. **Das große Fast-Programm.** Klassische erstklassige Kammer-Kunstler. Jeden Freitag. Tag. Fernspr. 11. Tel. 292. **Direktion: H. Eisenberger.**

Der Winterfahrplan des Merseburger Tageblattes

in Gestalt eines **Wandfahrplanes** ist erschienen

und in der Geschäftsstelle, **Hälterstr. 4, zu haben.**

Preis für Abonnenten des M.T. Mk. 5.—, für Nichtabonnenten Mk. 8.—.

Desgl. die Tafel mit Ankunfts- u. Abgangszeiten sämtl. in Merseburg haltender Züge zum Preise von Mark 2.—

Freiwillige Auktion.

Donnerstag, den 26. Oktober d. Js. vormittags 11 Uhr, findet im Grundstück der Kantine **Hähe bei Rogbach d. B.** wegen Aufgabe der Wirtschaft die Versteigerung d. vorhandenen Inventars öffentlich mitteilend statt als unter anderem: 19 **Pfunderschweine**, (1. Ztr. p. St.), 6 **Hammel** (Jahrlinge), 1st. Schrotmühle, Kartoffelschälmaschine, Naidmaggen, Leiter; 21che, 20 Stühle, Sofa; diverse and. Gegenstände als Eimer, Gläser, Töpfe; sowie Vorräte an Mehl, Getreide, Kaffee-Ertrag; **Motorrad** 1/2. **Der Bestizer.**

Kaufmann lücht frö. möbl. Zimmer gegen gute Bezahlung. Offerten unter 310/21 an die Geschäftsstelle.

Verfügen Sie nicht die günstige Gelegenheit einen hochantidägen **Mitbewohner**, f. eine evtl. den Vorschriften nach zu große Wohnung zu bekommen.

1 bis 2 Zimmer möbliert zu mieten gesucht. Möbel o. Bettwäsche kann gestellt werden. Angebote von Merseburg oder aus nächster Umgebung unter **„Notobahnung“** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Kammfenchel

Strohseuchel - Fenchel-Syren kauft jeden Posten **Max Kelling, Lützen.** Telefon 20. Telefon 20.

Der Ankauf von Hafer, Heu und Stroh

wird fortgesetzt. - Angebote und Zusäuren erbeten. **Seeresverpflanzungsamt Leipzig.**

Aktiver Turn- und Sportgenosse

lucht sofort Wohnung in Merseburg oder Umgebung. Offerten bitte an die Exp. d. Blattes unter 315/21.

Beilage zu Nr. 250 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 24. Oktober 1922

Der Kampf um die Getreideumlage.

(Von Bürgermeister Lind M. d. A.)

Die Regierung hat sich endlich dazu erweichen lassen müssen, das Gesetz über die Getreideumlage einer eingehenden Revision zu unterziehen. Die Unmöglichkeit der Durchführung der Umlage und die Ungerechtigkeit in der Preisfestsetzung sind so deutlich hervorgetreten, daß selbst die gegenwärtige Regierung, die doch mit Fähigkeit an der Fortführung der Umlage hängt, um die Erträge ihrer Gefällungspolitik abzufürchten, die Undurchführbarkeit einsehen mußte. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat mit klaren Voraussetzungen vollkommen recht behalten, denn ihre Stellungnahme war begründet auf dem sachlichen Urteil der Landwirte, die dieser Fraktion angehören. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion wird aber auch mit der Behauptung recht behalten, daß mit der Fortführung der Getreideumlage jede intensive Wirtschaft unmöglich gemacht und die Brotversorgung Deutschlands noch mehr gefährdet wird. Von Seiten der Linksparteien und insbesondere von Dr. Berg wird behauptet, daß es lediglich Selbstzweck ist, die Landwirtschaft zu durchbrechen, durch die die Wirtschaft gefördert würde, denn die Sicherungsmöglichkeit sei nach der Ansicht dieses sozialistischen Abgeordneten vorhanden. Es wäre nutzlos vergebende Arbeitskraft, den Versuch zu machen, diese Vertreter der Linken von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überzeugen, in die die Landwirtschaft durch die höhere Sonderbesteuerung, die die Umlage darstellt, gebracht ist. Es wird von diesen Kreisen vollkommen verstanden, daß man bei der Beurteilung der Verhältnisse, die die Umlage auf das wirtschaftliche Leben hat, nicht zu rückwärts zu blicken, sondern vorwärts blicken muß. Deshalb bilden die gegenwärtigen und die noch zu erwartenden Düngepreiskämpfe die Unterlage für die Preisbestimmungen der diesjährigen Ernte, denn mit allen Einräumungen dieser Ernte soll man sich auch abrechnen, wie dies auf Grund unserer Weltbewertung sich in der Preisbildung der Kohlen weiter vollziehen wird. Die Düngepreiskämpfe haben somit einen sehr zuverlässigen Preissteigerungsfaktor. Wenn man nun erwähnt, daß man die Landwirtschaft spargen will, zu Zwangspreisen zu liefern, sei denn ein ähnlich zuverlässiger Wertmesser nicht allein nicht besteht, sondern ganz ausgeschlossen sein soll, so muß auch dem Verbraucher die Ungerechtigkeit, die das Umlagegesetz bedeutet, klar werden. Man verneht der Landwirtschaft gegenüber den Marktpreis als richtigen Wertmesser. Dieses Gesetz ist ja auch nicht zustande gekommen, um Gerechtigkeit zu üben; sondern es ist unter dem Einfluß der Straße beraten worden, deshalb sind für seine Folge-

erscheinungen aber auch nur diejenigen verantwortlich, die die breiten Massen durch demagogische Schlagworte in ihren Zügen auf die Straße gerufen haben. Von berufener Seite ist sowohl die Regierung wie auch die Linksparteien unter Zuhilfenahme reichlichen Materials über die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft eingehend unterrichtet worden. Nicht in der Absicht, um nur der Landwirtschaft zu dienen, sondern um auch im Interesse der Allgemeinheit die Brotversorgung Deutschlands zu sichern. Bei der Prüfung dieser Frage klammert sich die Regierung noch immer an das Unmöglichkeit und will die Unmöglichkeit der Durchführung der Umlage heute noch nicht einsehen. Der Preis, der von der Regierung geboten wird, das Dreifache des ersten Umlagepreises steht in einem so großen Abstand zum Marktpreis, daß der Landwirt hierdurch nicht in die Lage versetzt wird, die begonnene intensive Wirtschaft fortzusetzen. In Verbraucherteilen sollte man sich doch endlich von der Gefährlichkeit dieser Politik, die nur auf die Bedürfnisse der Straße zugeschnitten ist, überzeugen lassen und dem Landwirt das zugehen, was man allen übrigen Erzeugergruppen zugestanden hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Oktober.

Die Rheinlandsinterpellation.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation, in der Einbruch erhoben wird gegen das Verbot der Rheinlandskommission, die gegen den Schriftsteller Smeets verhängte Gefängnisstrafe von acht Monaten zu vollstrecken.

Abg. Collmann (Soz.) begründet die Interpellation. Das Vorgehen der Rheinlandskommission ist unerhördet und in seiner Art beispiellos.

Abg. Kaufner (Ztr.) kennzeichnet den im Rheinland herrschenden Zustand als kultur- und rechtswidrig.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. V. B.) stellt fest, daß der Verfall der Rheinlandsinterpellation ein Grundgesetz der Freiheit geworden sei.

Abg. Dr. Molkenhauer (D. V. B.) stellt fest, daß in dieser Frage eine Einzelstimmung hergestellt sei.

Reichskanzler Dr. Wirth

stellt fest, daß die Reichsregierung ebenfalls in dem Beschlusse der Rheinlandskommission einen schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit deutscher Rechtsprechung sieht. Der Beschlusse der Kommission bezeichnet nicht nur dem Reichspräsidenten und den höchsten verteidigten Persönlichkeiten den Schutz ihrer Ehre, sondern er beleidigt auch die deutschen Richter, die das Urteil gefällt haben. Der Beschlusse, der die Verleumdung des deutschen Reichspräsidenten als eine Art von untergeordneter Bedeutung bezeichnet, übersteht, daß zahlreiche Reichständer wegen der geringsten Kränkungen von Angehörigen der Besatzungstruppen mit schweren Gefängnisstrafen belegt worden sind. Wir haben durch die Tat bewiesen, welcher Wert auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Rheinlandskommission gelegt wird. Diese Absichten der Reichsregierung werden aber durch solche Beschlüsse der Rheinlandskommission durchkreuzt. Der Reichspräsident sieht sich durch das Vorgehen der Kommission auch in seiner bürgerlichen Ehre berührt. Es ist verlangt worden,

daß der Beschlusse der Kommission aufgehoben wird. Eine Antwort der Regierung steht noch aus.

Die Besoldungsvorlage.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters Steinlopf (Soz.) tritt ein Regierungsretireter, die Regierungsvorlage wieder heraufzulegen.

Bei der Abstimmung wird der Ortszulage der Regierungsvorlage wieder hergeleitet. Die Ortszulage betragen demnach

in der Ortsklasse E 900 bis 2300 Mark, in der Klasse D 1200 bis 3000 Mark, in der Klasse C 1500 bis 3800 Mark, in der Klasse B 1800 bis 4500 Mark, in der Klasse A 2400 bis 6000 Mark.

Abg. v. Sallinger (Dnt.) bekämpft den Art. 7, wonach die Pensionen der Offiziere nicht bis auf die Höhe dieses Gesetzes erhöht werden sollen, wenn die Pensionen nach dem Offizierspensengesetz niedriger sein würden.

Der Rest dieses Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Angenommen wird auch die Vorlage zur Verdoppelung der Kriegsbeschädigtenrenten. Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen. — Die zweite Lesung des Gesetzes wird angenommen.

Veränderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte wird fortgesetzt. Die Wiedereröffnung einer oberen Gehaltsgruppe für die Versicherungspflichtigen wird mit 226 gegen 111 Stimmen beschlossen.

Ein Antrag Müller-Franke (Soz.), wonach von den Beiträgen zwei Drittel der Arbeitgeber und ein Drittel der Versicherungspflichtigen tragen soll, wird mit 202 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird dann in zweiter Lesung erledigt. Die neuen Beiträge um die neue Versicherungspflicht treten am 1. November in Kraft.

Es folgt die zweite Beratung der Verordnung über Lohnzahlung. Die Verordnung wird unverändert angenommen.

Die Getreideumlage.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Die Regierungsvorlage schlägt für das erste Drittel der Umlage einen Roggenpreis von 20 500 Mark vor. Der Ausschuss hat diesen Preis auf 28 300 Mark erhöht.

Abg. Fraezyg (Soz.) hält eine solche Erhöhung für unangemessen. Der Redner fordert ein Gesetz zur Erhöhung der wichtigsten inländischen Rohungsmittel. Der Stoffsindustrie müsse eine Umlage auferlegt werden.

Abg. Semerer (Dnt.) beantragt, daß die Ablieferungspflicht auch für Saatgut abgekauft werden kann durch Zahlung der Differenz zwischen Ablieferungspreis und Marktpreis.

Reichsernährungsminister Dr. Fehr bittet, den Antrag auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbefestigung zu beschleunigen.

Der Antrag wird mit dieser Veränderung angenommen. Die Vorlage wird dann nach den Ausschussvorlagen in zweiter Lesung angenommen.

Dienstag, 11 Uhr: Anfragen, dritte Lesung der Getreideumlage und der Besoldungsvorlage, keine Vorlagen. — Schluß gegen 9 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. Oktober

Auf der Tagesordnung steht zunächst die große Anfrage über die **Rechtsunsicherheit im rheinischen Gebiet**, die durch das Verbot der Strafvollstreckung gegen Emets entstanden ist.

Das Staatsministerium erklärt sich zur sofortigen Verantwortung bereit.

Abg. Dr. Heimann (D. Vpt.) begründet die Anfrage und gibt der Freude der Rheinländer darüber Ausdruck, daß sich **keine gemeinsame Front aller Parteien** bis zur äußersten Spitze zum Krieg gegen die Rechtsbeugung im besetzten Gebiet zusammengefunden habe. Auch die äußerste Linke werde sich den Tatsachen nicht entziehen können (Kurt Schulz-Neuß (Kom.) im unbesetzten Gebiet kommen ebensolche Rechtsbeugungen vor.) Redner schildert den Fall Emets und die Umstände, die zu seiner Verurteilung geführt haben. Die Interalliierte Kommission steht in der Heiligung Emets nur Preisverzeihen, die im politischen Kampf nicht so hoch bewertet werden dürfen, als dies die deutsche Regierung dem Manne gegenüber tue, der sich als Freund der Interalliierten Kommission bewiesen und den Befehlstruppen zahlreiche Dienste erwiesen habe. (1)

Redner protestiert namens der Rheinländer gegen dieses Verhalten. Es geht hier um die Zugehörigkeit zu Preußen, wogegen der Landtag das Betragen, der Verurteilung ein Ende zu machen, die durch die Rheinlande geht, und vor allem den Beamten die Zuverlässigkeit zurückgeben, daß der Staat sie nicht schuldlos den Hebelgriffen der Befehlstruppen überlassen preisgibt. Redner schließt mit dem Hinweis auf die Ablehnung der Rheinlande.

Ministerpräsident Braun: Der Fall Emets wird wieder einmal ein großes Schlaglicht auf die Verhältnisse, die sich im besetzten Gebiet herausgebildet haben. Die Rheinland-Kommission hat sich durch eine große Anzahl von Verordnungen eine Basis geschaffen, von der aus sie **nach Vertrieben Eingriffe in die deutsche Rechtsprechung** machen kann. Diesmal erklärt die Kommission, das Gericht habe sich bei seinem Urteil von politischen Beweggründen leiten lassen, habe dafür aber auch nicht einmal den Versuch eines Beweises erbracht.

Auf jede Verletzung eines fremden Staatsangehörigen stehen 100 000 M. Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis. **Der einem schwarzen Soldaten gegenüber nicht die richtige Haltung einnimmt, läuft Gefahr, ins Gefängnis zu wandern und die Gefahr, welche deutsche Frauen laufen, ist eine schmerzliche.**

Es ist eine gefährliche Illusion, wenn einzelne Rheinländer glauben, durch Unterstützung der Pläne auf Loslösung von Preußen ihrem Lande zu dienen. Der Gemeinheitsgedanke muß wieder mehr zur Geltung kommen, dann können wir mit Ruhe und Zuversicht in die deutsche Zukunft blicken. (Bravo, Bischoff und Vorn der Kommunisten.) Damit ist dieser Punkt erledigt.

Es folgt die gemeinschaftliche Beratung von neun großen Anfragen, welche sich auf die Zustände im besetzten Gebiet beziehen.

Abg. Dr. Deerburg (Deutschn.) begründet die Anfrage über die **Ausbreitungen der Befehlstruppen** in Duisburg und Hamborn. Redner behauptet, daß der Ministerpräsident nichts über die Befehle von Düsseldorf und Duisburg gesagt habe und protestiert gegen das Fortschreiten der Zersplitterung überhaupt, obwohl die Regierung durch das Ultimatum bedingungslos angenommen habe.

Abg. Lange (D. Vpt.) interpellierte wegen des verschärften Belagerungszustandes in Duisburg und Hamborn.

In der Beratung sämtlicher Anfragen geht Ministerialdirektor Dr. Werra auf die **Rechtswidrigkeit der sogenannten Zensurenbeschlüsse** ein und betont, daß die Regierung Verwahrung dagegen eingelegt habe. Die Verwahrung wird jedoch nicht angenommen.

Abg. Dr. Schwering (Ztr.) betont, daß der Landtag den Rheinländern im besetzten Gebiet zeigen müsse, daß die Bevölkerung des übrigen Deutschland hinter ihnen stehe. Er war die Stunde des Rheinlandes so ernst wie jetzt. Es werden unverschämte Anklagen betrieben: die französische Großindustrie faßt bereits die Auktion des Ruhrgebiets ins Auge.

Morgen 12 Uhr Weiterberatung. Außerdem Fall Stinkenraus und Beamteneinzelung. Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Rundschau
„Randbemerkungen“.

180 000 Mark Geldstrafe.

Widau, 21. Okt. Das Landgericht Widau verurteilte den Regierungsrat Dr. Hähnchen von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wegen **Verletzung des schäfflichen Amtsvorfalles** und des Landtages zu 80 000 Mark und wegen Verletzung des schäfflichen Amtsvorfalles Geldstrafe zu 100 000 Mark Geldstrafe. Dr. Hähnchen hatte in die Amtshauptmannschaftsverordnungen obfällige Bemerkungen über die sozialistische Regierung gemacht. Und zwar handelte es sich um den Gesetzesentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder. Zwei Jahre nach der Verkündung des Dr. Hähnchen erdachte sein Nachfolger die Randbemerkungen, die zur Kenntnis der Regierung und der Parlamentarier kamen. Die Randbemerkungen lauteten: „Die Gesetzgeber sind verrückt oder bewußt feige.“ Das ist verfassungswidrig und unzulässig.“ In einem Artikel über die Rechtfertigkeit des Amtsvorfalles Hähnchen wegen des Gesetzes stand die Bemerkung: „Zu solchem Unfug muß die „Staatszeitung“ ihre Spalten hergeben, sie!“

Im Urteil heißt es: Es liegen schwere Verletzungen der Regierungsmittel, der ewigen Minder und Volksgemeinschaft vor. Bei der Bemessung der Strafe hat das Gericht erwogen, daß der Angeklagte noch nicht bestraft ist; andererseits handelt es sich um schwere Verletzungen der höchsten Beamten der Regierung. Wenn nur auf eine Geldstrafe erkannt worden ist, so kam nur seine Unbedachtlichkeit in Frage. Von einer Freiheitsstrafe wurde abgesehen mit Rücksicht darauf, daß die Säuberung der Verletzung auch mit einer höheren Geldstrafe geführt werden könne.

Eine skrupellose Koalition neidischer Produzenten. Der Franzose Joseph Verrouleur hat kurz vor seinem Tode in einer Schrift „La Victoire“ (Berlag Ferd. Wöhler, 1917) über Englands rein selbsttätige Ziele, die allein auf wirtschaftliche Unterjochung Deutschlands gerichtet seien, folgendes geschrieben:

Es ist zur Frage der „Schuld am Kriege“ angeführt. Kennzeichnend durch die Aufspiegelung eines Sieges über Deutschland, haben die Franzosen sich allmählich dem britischen Einfluß unterworfen, in dem Glauben, hierin eine Garantie für den Triumph zu finden. Britanien hat sie nach den Ueberlieferungen seiner perfiden Politik getrennt, die vor seiner Gemeinheit zurückweicht, um Wäldern besser zu unterliegen und Schlinglinge in die Höflichkeit zu bringen.

Man hat (in England) Deutschlands Wehrkraft nicht als Unterdrückungsmittel oder als Mißbrauch des „Militarismus“ gefaßt, sondern wegen des nützlichen Schutzes, den

sie dem wachsenden Wohlstand Deutschlands gewährte, unter dem sie Handhabung und der Arbeitseifer der germanischen Rasse sich eine für den englischen Merkantilismus gefährliche Ausbreitung schufen.

Es würde natürlich absurd gewesen sein, daran zu denken, daß man ein großes, tätiges und intelligentes Volk daran hindern könne, zu arbeiten; aber nur in dieser Hinsicht waren die Verhandlungen, die sich gegen einen solchen Gedanken verteidigen, echt; denn der Plan war wohl möglich, auf lange hinaus die Produktion dieses Volkes lahmzulegen, deren Qualität abzuschwächen und sie so in eine schadenbringende Lage zu bringen oder sogar die schädlichen Kräfte des Volkes durch eine Art verfallener Klaverei auszubeten, wenn man ihm eine Summe erdrückender Verpflichtungen hätte auferlegen können, nachdem man seine Einrichtungen und seinen Kredit vernichtet und seine Wehrkraft mit dem Verbot, sie wieder herzustellen, gekürzt hätte.

Die Bewirkung dieses Planes war und ist der Wiedervereinigung Großbritanniens geblieben, das notorische Ziel des Krieges, den es solange in der Geschichte unerbitterten diplomatischen Kriegen vorbereitet hat. Das Ziel dieses monstros-egoistischen Krieges, den es auf Grund des Vertrages von London (September 1914) mit unbeschränkter Autorität weiterführt.

Das Recht, die „Bivittisation“, sind nicht als satirische geistige Fortwände, mit denen man einen Kampf eifersüchtiger Neugierigkeit betreiben will, dieses ist höchst als eine fruchtlose Koalition neidischer Produzenten gegen friedliche Arbeiter, die sich bewaffnet hatten, um unbesiegt zu sein.“

Es ist traurig, daß es immer noch Leute gibt, denen Enttumen des Auslandes diese Wahrheiten lagen müssen.

Turnen, Spiel und Sport

Die erste Klasse des Saalequers.

Mit nur vier Spielen wurden am Sonntag die ersten Klassen des Saalequers fortgesetzt. Bis auf die Begegnung in Merseburg, wo Preußen-Merseburg mit 3:2 siegreich blieb, gab es nicht unerwartete Ergebnisse. Die größte Ueberraschung leistete sich Halle 1910, die sich von dem Tabellenletzten mit 1:0 schlagen ließen und dadurch der Sportvereinigung Halle zu den ersten Plätzen verhalfen. Auch Merseburg übertraf durch den zahlenmäßig glatten 5:1-Sieg in Merseburg gegen Germania; Merseburgs Tabellenplatz ist beachtenswert. Ammerdorff dagegen fiel wieder zurück. Olympia blieb sieger mit 4:0 siegreich und hält dadurch mit dem am Sonntag spielenden Sportverein 99-Merseburg die Spitze; allem Anschein nach will es diesmal zwischen den beiden alten Rivalen abermals zu einem hartnäckigen Duell kommen. Die Tabelle sieht folgendermaßen aus:

1. Klasse	Gewinn	Unentw.	Verlust	Tore	Pkte.	
					+	-
Sportverein 99-Merseburg	4	4	—	12	1	8
Olympia-Halle	4	4	—	16	3	8
Sportverein Halle	3	1	—	9	2	5
Sportverein Merseburg	5	3	2	12	10	6
B.C. Preußen-Merseburg	4	1	2	7	7	4
Ammerdorff 1910	4	1	1	2	10	3
99-Merseburg	5	2	—	3	6	13
Halle 1910	4	1	—	3	4	6
Germania Merseburg	4	4	—	7	11	2
Sportverein Halle	4	1	—	2	15	2
Eintracht-Halle	3	—	3	4	12	0